

Die Katastrophe  
enthält auch  
eine Chance

# Fukushima und die Hoffnung auf mehr politische Partizipation in Japan

Axel Klein

Als das große ostjapanische Beben mit leichten Bewegungen begann, stand ich im achten Stock einer Universitätsbibliothek in Tokio. Wie wohl alle, die in diesem Augenblick die noch kleinen Erdstöße spürten, blieb ich stehen und wartete, dass bald wieder Ruhe einkehren würde. Als dann aber das Grummeln lauter wurde und die schweren Bücherregale zu schwanken anfangen, suchte ich Zuflucht unter einem Tisch. Der einzige in Sichtweite stand direkt am Fenster, und obwohl die Gefahr bestand, von zersplitterndem Glas getroffen zu werden, schien es mir dort sicherer als zwischen den Buchwänden. Als ich mich gerade unter die Tischplatte gekauert hatte, wurden schon die Bücher von der Heftigkeit der Erdstöße aus den Regalen gewuchtet. Fenster knarrten bedrohlich, das Gebäude ächzte und wankte, aber es nahm keinen Schaden.

## Unvorstellbares Leid

Überhaupt kam die Region Tokio äußerst glimpflich davon: Medienberichten zufolge war nur ein altes Holzhaus zusammengefallen, Schäden durch Tsunami entstanden keine. Wie furchtbar diese Naturgewalten den Nordosten des Landes verwüstet hatten, wurde erst nach und nach bekannt. Die Opferzahl ist die höchste, die Japan seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu beklagen hat. Ganze Fischerdörfer sind zerstört, wohl sehr viel mehr durch die unfassbare Flutwelle als durch die direkte Einwirkung der Erdstöße. Bis zu zehn Meter hohe Schutz-

wälle haben nicht verhindern können, dass die Gewalt des Wassers auf die Küstenbewohner hereinbrach. Das unvorstellbare Leid wurde verschlimmert durch Temperaturen unter dem Gefrierpunkt, mangelnde Heizmöglichkeiten, unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. All das lastete auf den Überlebenden, von denen die meisten an diesem 11. März 2011 Familienangehörige, Hab und Gut und ihre Heimat verloren hatten.

## Unvermeidbare Naturkatastrophen

Doch obwohl das Leiden unbeschreiblich groß ist, wäre es von den Menschen Japans wohl als eine der unvermeidbaren und immer wieder auftretenden Naturkatastrophen betrachtet worden, unter denen das Land aufgrund seiner geologischen Beschaffenheit und geografischen Lage zu leiden hat und gegen die es keinen vollkommenen Schutz gibt. Neue Baumaterialien und architektonisches Wissen mögen die Stabilität von Gebäuden verbessern helfen, Tsunami-Warnsysteme mehr Zeit zur Evakuierung bieten. Dass Naturgewalten, zu denen im Falle Japans auch Vulkanausbrüche und Taifune gehören, trotzdem immer wieder Opfer fordern, scheint unvermeidbar. Schließt man von dem letzten großen Erdbeben in der Region um Kobe aus dem Jahre 1995, hätten auch diesmal Beben und Tsunami alleine wohl nur eine öffentliche Diskussion über das Krisenmanagement der Behörden sowie mögliche Schutzmaßnahmen für die Zukunft

*Demonstranten in Schutzanzügen protestieren am 18. März 2011 vor dem japanischen Konsulat in Thessaloniki gegen Atomkraft. In Japan selbst könnte die atomare Katastrophe eine Initialzündung für mehr politisches Engagement und kritisches Potenzial bewirken.*

© picture-alliance/dpa, Foto: Sotiris Barbarousis



ausgelöst. Die japanische Gesellschaft hätte sich vor allem mit Trauerarbeit und den Aufgaben des Wiederaufbaus befassen müssen.

Das Erdbeben vom 11. März 2011 hat jedoch eine zusätzliche Bedrohung ausgelöst, die keinesfalls unvermeidbar war und deshalb gesellschaftliche und politische Konsequenzen haben musste: Das Atomkraftwerk Nummer 1 an der Küste der Präfektur Fukushima wurde zu einer potenziellen Gefahr weit über die Tohoku-Region hinaus, und unabhängig davon, wie der Kampf mit dem nuklearen Monster ausgeht, haben die Fragen nach der Atompolitik des Landes sowie dem Umgang mit Nuklearanlagen eine so große Brisanz erhalten wie nie zuvor.

### **Kritische Öffentlichkeit und vermeidbare Bedrohung**

Dabei geht es auch um die Frage, ob die japanische Gesellschaft eine ausreichend kritische Öffentlichkeit produziert, um weitreichende politische Entscheidungen mitzugestalten und ihre Umsetzung zu hinterfragen. Die Geschichte der Atomanlagen in Fukushima ist nämlich auch eine Geschichte über mangelnde staatliche Aufsicht, über zu große Technologiegläubigkeit und über Optimismus, dass es so schlimm schon nicht kommen wird. Die Anlagen galten schließlich als sicher bei Erdbeben bis zu einer Stärke von 8,2. Das jetzige erreichte aber 9,0. Bei einer Technologie, die im Katastrophenfall derart unbeherrschbar wird und in einer durch Erdbeben und Tsunami gefährdeten Zone zum Einsatz kommt, könnte man erwarten, dass die Öffentlichkeit oder zumindest öffentlichkeitswirksam auftretende Nichtregierungsorganisationen die Ausübung staatlicher Aufsicht und die Debatte zu energiepolitischen Entscheidungen kritisch begleiten. In Japan war das nicht der Fall.

Ausländische Medien haben immer wieder die gefasste Haltung und Dis-

ziplin, mit denen Betroffene in Japan ihr Leid ertragen, zum Thema gemacht. Man zeigte Menschen, die stundenlang vor Tankstellen oder Supermärkten Schlange standen, ohne dass sich Trauer in Wut und Gewalt verwandelt hätte. Nirgendwo Berichte von Plünderungen oder Brandstiftung, stattdessen Betroffene, die ihr Leid erduldeten und dabei Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft nicht vergaßen. Dieses Verhalten zeigt die japanische Gesellschaft von einer großartigen, beneidenswerten Seite. Doch während die im Lande häufig als Sekundärtugend betrachtete Fähigkeit des Erduldens in einer solchen Katastrophe von Vorteil sein kann, hat sie in anderen Bereichen auch negative Konsequenzen. Einer dieser Bereiche ist die Kontrolle politischer Akteure und Volksvertreter.

Man mag Atomenergie in Japan ablehnen oder für nötig erachten. Man kann sie als unkontrollierbare Gefahr oder als beherrschbar verstehen. In beiden Fällen ist es bemerkenswert, dass sich die japanische Öffentlichkeit bisher derart unkritisch gegenüber Nuklearanlagen zeigte. Die Regierungen des Landes verwiesen auf den Mangel an inländischen Energieressourcen und stellten Atomstrom als unverzichtbare Energiequelle dar. Die Betreiberfirmen beschworen die technologische Überlegenheit und unverletzliche Sicherheit ihrer Atomkraftwerke. So sicher seien diese Anlagen, dass man sie in einer erdbebengefährdeten Region direkt an die Küste bauen konnte.

### **Nur lokaler Protest**

Wie sehr die japanische Öffentlichkeit diese Begründungen hinnahm, wird unter anderem dadurch deutlich, dass es im Land keine nationale Anti-Atombewegung gibt. In der Regel rief die Errichtung einer neuen Nuklearanlage unter den Anwohnern der direkten Umgebung Protest hervor, doch breitete sich der nie landesweit aus, sondern klang jeweils mit dem

Bau beziehungsweise dem Bauverzicht wieder ab. Dieses Phänomen war unter anderem dadurch bedingt, dass sich die japanische Gesellschaft meist nur in vergleichsweise geringem und dann eher lokalem Rahmen politisch engagiert. Es gibt keine Umweltpartei, sondern bestenfalls lokale Umweltschutzgruppierungen. Greenpeace verzeichnet wohl in keinem anderen Industriestaat so wenige Mitglieder wie in Japan.

### **Forderung nach besserer Bürgervertretung**

Der Grad an politischer Partizipation ist schwer zu messen und ein belastbarer Vergleich zwischen Ländern komplex, vielleicht sogar nicht einmal vollständig möglich. Es scheint jedoch recht eindeutig, dass die japanische Öffentlichkeit ihren Politikern und Regierungen viel weniger mit kritischen Fragen begegnet und sich durch Protestbewegungen Gehör verschafft als das in anderen Industriestaaten der Fall ist. Nicht nur im Feld der Energiepolitik hat sich dadurch die Politik über Jahrzehnte immer wieder eher als Partner von Industrieinteressen erwiesen und zu wenig als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger.

Die Politikverdrossenheit ist in Japan hoch, die Wertschätzung gegenüber Parteien niedrig, aber das alleine reicht in einer Demokratie nicht aus. Das Volk kann seiner politischen Verantwortung nicht dadurch gerecht werden, dass es der Politik die kalte Schulter zeigt, sie als unveränderbar hinnimmt, gar resigniert und bei Wahlen seine Stimme verweigert. Es muss sich zu höherem Grade organisieren, als das bisher in Japan der Fall war, und es darf sich dabei nicht auf die Probleme vor der eigenen Haustür beschränken.

Wenn die Atomanlagen in Fukushima unter Kontrolle gebracht werden können und etwas Zeit vergangen ist, wird die Mehrheit der japanischen Bevölkerung wohl wieder davon überzeugt werden können, die vorhandenen Atomkraftwerke zumindest noch für einige Zeit als notwendig hinzunehmen. Dazu trägt – so banal das jetzt im Angesicht der nuklearen Bedrohung erscheinen mag – auch die Aussicht auf viel höhere Stromrechnungen bei, die die mit Klimaanlage für schwül-heiße Sommer und kalte Winter ausgerüsteten Privathaushalte zu tragen hätten. Auch an der Energieknappheit und der unerwünschten Abhängigkeit von ausländischem Öl hat sich durch das Beben nichts geändert.

### **Stärkung des politischen Willens**

Doch trotzdem bleibt die Hoffnung, dass der GAU in Fukushima dazu beiträgt, den kritischen Blick der Menschen zu schärfen und ihren Willen, sich zu Wort zu melden, zu stärken. Das Erdbeben in Kobe wird allgemein als Geburtsstunde japanischer Non-Profit- und zivilgesellschaftlicher Organisationen gewertet. Vielleicht trägt Fukushima dazu bei, die Menschen in Japan stärker für wichtige politische Fragen zu interessieren und sie zu höherem Grade mobilisierbar zu machen.

Erdulden in all seinen Formen kann eine wichtige Fähigkeit bei der Bewältigung von Naturkatastrophen sein, bei wichtigen politischen Weichenstellungen geben Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Staates damit aber ihr Schicksal aus der Hand. Es wäre mehr als begrüßenswert, wenn der Ort Fukushima in Zukunft nicht nur für eine Katastrophe stünde, sondern auch für den Anfang einer neuen politischen Partizipationskultur in Japan.